

Evangelische Kirche und Sozialdemokratie im Ruhrgebiet der Nachkriegszeit

ker hin zur SPD. Da die SPD bei den ersten Wahlen vor der Gründung der Bundesrepublik insbesondere in der Emscher-Region, wo sie seit ihrer verfehlten Politik in der Anfangsphase der Weimarer Republik zur dritten bzw. vierten Kraft hinter Zentrum und

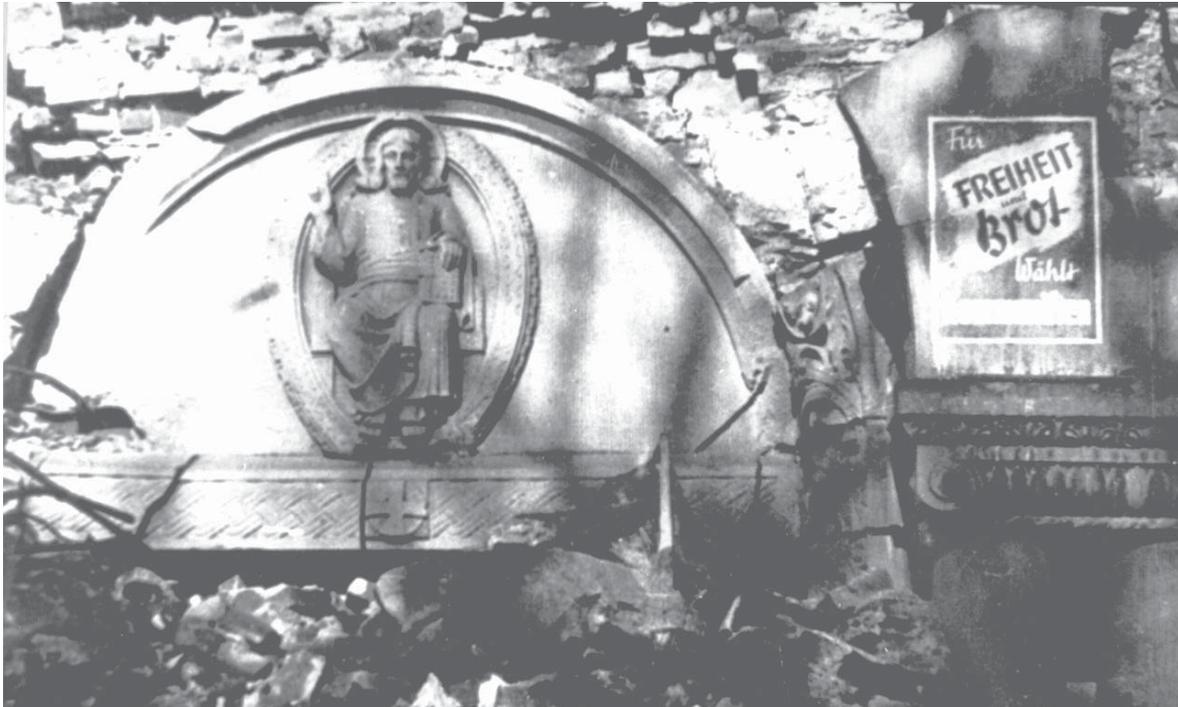


Abb. 27: Die Konfrontation von Christentum und Marxismus beherrscht die Nachkriegszeit

Nach dem Krieg sahen viele Protestanten in der sich formierenden CDU eine politische Heimat. Während wenige national gesinnte Protestanten sich in der FDP organisierten, gingen nur wenige bekannte und exponierte Protestanten zur Sozialdemokratie. Ein Beispiel ist der 1947 aus dem britischen Exil zurückgekehrte Pfarrer Hans Ehrenberg, der schon vor 1933 zur SPD gefunden hatte und 1947 erneut der SPD beitrug. Von Bielefeld aus versuchte er mehrfach, Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Christen auch im Ruhrgebiet zu vermitteln.¹ Der wohl engagierte Vertreter einer Öffnung der evangelischen Kirche gegenüber der Sozialdemokratie war im Raum des Ruhrgebiets Pfarrer Hans Lutz in Unna (vgl. Kap. 6).

Wahlverhalten unter Protestanten

Im Unterschied zur Haltung der im Raum des Ruhrgebiets führenden Protestanten bzw. der Repräsentanten der Evangelischen Kirche orientierte sich die protestantische Basis offensichtlich wesentlich stärker

Kommunisten und später Nationalsozialisten herabgesunken war, zwei- bis dreimal höhere Wahlergebnisse als vor dem „Dritten Reich“ erreichte, bei relativ hoher Wahlbeteiligung das katholische Lager leichte Gewinne zu verzeichnen hatte und die KPD nicht mehr an die Erfolge der krisenhaften Endphase der ersten deutschen Republik anknüpfen konnte, ist einzig die Vermutung plausibel, daß das herrenlos gewordene nationale Lager sich nach 1945 in Teilen nun zur Sozialdemokratie wandte. Vorwiegend als Wählerpartei erscheint die Ruhr-SPD auch als nationale und patriotische Sammlungspartei, die Teile der „Konkursmasse des nationalen Lagers“² an sich binden konnte. Diese „Konkursmasse“ bestand wohl vor allem aus dem alten nationalen und dem jungen nationalsozialistischen Wählerpotential soweit es protestantischer Herkunft war. Allerdings dürfte ein Unterschied bestanden haben zwischen den kirchlich gebundenen und den „nominellen“ Protestanten. Die Protestanten mit starker kirchlicher Bindung folgten eher der Orientierung der führenden Vertreter der



evangelischen Kirche zur CDU. Bei der Bundestagswahl 1953 votierten in der Bundesrepublik 53,6% der kirchlich gebundenen Protestanten für die CDU, aber nur 22,4% der kirchlich nicht gebundenen protestantischen Bevölkerung. Erst später wandte sich auch der kirchlich stärker gebundene Teil der evangelischen Bevölkerung der SPD zu.³ Für die SPD sprach in den Augen vieler Protestanten, die in unterschiedlichen Schattierungen politisch „national“ orientiert waren, wohl besonders die ausgeprägt nationale Haltung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher und dessen scharfes Eintreten für die Einheit Deutschlands. Als Adenauer auf Westintegrationskurs ging, war es die SPD, die immer wieder für die Bewahrung der Einheit Deutschlands eintrat. Auch vertrat gerade die SPD besonders dezidiert eine Ablehnung der Kollektivschuld aller Deutschen.⁴ Andere Teile des national-protestantischen Lagers übernahm auch die dem Anspruch nach interkonfessionelle CDU, die unter Adenauer und Erhard einen betont wirtschaftsliberalen und antikommunistischen Kurs verfolgte. Auf viele Protestanten dürfte die CDU aber zu katholisch gewirkt haben.

Politik der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie des Ruhrgebiets empfing die Reste protestantischer Milieus anfangs nicht durchgängig mit offenen Armen, auch wenn die Nachkriegssituation mindestens teilweise ein „gemeinsames Ärmelaufkrepeln“ nahelegte. Ein wesentliches ideologisches Hindernis zwischen Sozialdemokratie und Kirchen räumte schließlich der Nachkriegsvorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, auf dem Parteitag vom 8./9. Mai 1946 in Hannover aus, als er bemerkte, daß der Marxismus „nicht eine ausschließliche Begründung des Sozialismus ist, auf die jeder Sozialdemokrat hören muß“. Schumacher sprach sich für einen weltanschaulichen Pluralismus in der Sozialdemokratie aus und sah auch eine Vereinbarkeit von Christentum und Sozialismus. Bereits seit der Wiedergründung der SPD hatte Schumacher mehrfach den Gedanken geäußert, daß eine Mitarbeit in der Sozialdemokratie sich aus unterschiedlichen Grundüberzeugungen ergeben könnte.⁵ Die weltanschauliche Offenheit war wohl auch bei Teilen der Ruhrgebietssozialdemokraten verbreitet: Indem die Ruhrgebiets-SPD insbesondere in engem Kontakt zu den rasch entstehenden Betriebsräten und Gewerkschaften gegründet wurde und eben die Gewerkschaften

als Einheitsorganisationen, und nicht mehr als lagerbezogene Richtungsgewerkschaften, aufgebaut wurden, zeigten diese eine relativ große weltanschauliche Offenheit. So konnte Willi Geldmacher, Betriebsratsvorsitzender des Bochumer Vereins und erster gewählter Oberbürgermeister der Stadt Bochum in der Nachkriegszeit, auf der Generalversammlung der Bochumer SPD 1946 sagen: „Wir sind mit Schumacher der Ansicht, daß alle Kräfte bei uns Platz haben können. Ob das nun aus Gründen der Bergpredigt oder aufgrund einer anderen Weltanschauung der Fall ist.“⁶ Zu ersten offiziellen Gesprächen zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und der Sozialdemokraten war es aber schon vor Schumachers deutlichen Worten gekommen: Nachdem es bereits seit September 1945 bei der Evangelischen Kirche von Westfalen Überlegungen zum zukünftigen Verhältnis von Kirche und Parteien gegeben hatte, kam es bei einer „Erörterung kulturpolitischer Fragen“ am 9./10. Januar 1946 in Detmold, zu der der Rat der EKD auch Vertreter der Parteien der britischen Zone geladen hatte, zwischen dem prominenten religiösen Sozialisten und ehemaligen preußischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Adolf Grimme, und dem Theologen Hans Joachim Iwand, zu einem Gespräch über „Die christliche Begründung des Sozialismus“, wobei es offenbar zu einer Annäherung und der Forderung nach Beseitigung der Entfremdung zwischen Kirche und Proletariat gekommen war.⁷ Im „Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Westliches Westfalen“ hieß es im Juli 1946 (Nr. 5) in Anknüpfung an die religiös-sozialistischen Vorstellungen Adolf Grimmes: „Man kann nur noch als Sozialist Christ sein, oder: es kann niemand mehr sich Christ nennen, der nicht zuerst Sozialist ist.“⁸

Die wichtigste Initiative zur Verbesserung des Verhältnisses von Sozialdemokratie und evangelischer Kirche im Bereich des Ruhrgebiets und des Landes Nordrhein-Westfalen ging dann aber kurze Zeit später von dem späteren nordrhein-westfälischen Innenminister Walter Menzel, der seit November 1945 „Generalreferent für Inneres“ in der westfälischen Provinzialregierung in Münster war, aus. Auf Seiten der evangelischen Kirche war am 21. März 1946 von der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen, die nach entsprechender Diskussion seit September 1945 eine Festlegung auf eine einzige politische Partei ablehnte, der Dortmunder Pfarrer und spätere Landes-



Evangelische Kirche

kirchenrat Max Nockemann als Verbindungsmann zur SPD benannt worden. In Münster kam es nun mehrfach zu Gesprächen zwischen Walter Menzel und Max Nockemann. An den Gesprächen nahmen auch Oberschulrat Dr. Koch und als weitere Vertreter der evangelischen Kirche Prof. Dr. Schreiner (Münster) und Oberschulrat a.D. Dr. Ites teil. Man kam überein, auf der jeweiligen Seite für eine Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses und Gesprächskontakte einzutreten. Bei den Protestanten war ein Ergebnis der Gespräche ein Rundschreiben des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Westfalens vom 27. August 1946, das die Pfarrer zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft aufrief. In dem Schreiben hieß es u.a., daß führende Sozialdemokraten Verständnis dafür zeigten, „daß die christliche Botschaft als Botschaft der Bruderliebe soziales Denken und Handeln begründet“. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „ein wachsendes Verständnis für die gegenseitigen Wünsche und Belange“ entstehe, „so daß bisher noch vorhandene Meinungsverschiedenheiten wohl noch zu ehrlicher Auseinandersetzung, aber nicht mehr zu Kämpfen führen und künftigen Begegnungen und Wahlkämpfen alle vergiftende Schärfe genommen wird“. Das Schreiben war bereits am 11. Mai 1946 von der westfälischen Kirchenleitung gutgeheißen worden, man hatte mit der Veröffentlichung aber noch abgewartet, bis Menzel mit seinem Parteivorsitzenden gesprochen hatte und seitens der SPD ebenfalls Gesten des Aufeinanderzugehens eingeleitet wurden. Menzel sprach mit Kurt Schumacher am 14. August 1946 in Hamburg und wurde vom Parteivorsitzenden zu der Fortführung der Gespräche ermächtigt. Menzel sollte auch innerhalb der SPD bekanntgeben, „daß man Sozialdemokrat sein kann, ohne Marxist zu sein, und daß es gleichgültig ist, aus welcher religiösen oder sonstigen weltanschaulichen Auffassung man zur SPD kommt“. Schumacher hielt Angriffe gegen die Kirche vor diesem Hintergrund für nicht erwünscht. Nach diesen ersten Kontakten verbesserte sich das Verhältnis zwischen den Protestanten und den Sozialdemokraten auch in Westfalen. Fritz Henßler, Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Oberbürgermeister von Dortmund und SPD-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, knüpfte nun ebenfalls Kontakte zur Evangelischen Landeskirche Westfalens. Mit Walter Menzel verfaßte er ein Rundschreiben, in dem er Arbeitsgemeinschaf-

ten mit evangelischen Laien und Geistlichen empfahl, um über „Sozialismus und Christentum“ zu diskutieren.⁹ Nach den verschiedenen Gesprächen 1946 und mehrfacher Verschiebung gab es vom 16.-18. Juli 1947 in Detmold eine Begegnung zwischen hochkarätigen sozialdemokratischen Vertretern unter Führung des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und seines Stellvertreters Erich Ollenhauer mit Vertretern der Evangelischen Kirche, die überwiegend aus der Bekennenden Kirche stammten. Auf kirchlicher Seite nahmen die Landesbischöfe Theophil Wurm und Hanns Lilje, Pastor Martin Niemöller und der Theologe Hans Joachim Iwand teil. Mit den Vertretern der Bekennenden Kirche konnte die SPD schon am besten ins Gespräch kommen, ihre Position war relativ offen für die Sozialdemokraten, hier wurde auch am ehesten das Bündnis der protestantischen Kirche mit den antidemokratischen Parteien der Weimarer Zeit kritisch eingeschätzt. Auch schon im „Wort der Rheinischen Provinzialsynode zum Dienst am Volk“ vom 24. Oktober 1946 war diese Problematik und das Verhältnis zur Sozialdemokratie angesprochen worden. Im Gespräch mit den SPD-Vertretern konnten sich die Repräsentanten der Bekennenden Kirchen sogar zur Unterstützung von Forderungen nach Sozialisierung, Bodenreform, Lastenausgleich auf Sachwertbasis, Flüchtlingshilfe und dem Prinzip der Gemeinschaftsschule bereit finden. Solche Annäherung fanden aber zunächst noch vor allem auf höchster Ebene statt und betrafen bei der evangelischen Kirche nur einen Flügel, der von der Bekennenden Kirche vertreten wurde. Zunächst allerdings blieb eine Mehrheit in der Evangelischen Kirche der Nachkriegszeit bei einer nationalkonservativen und antimodern-rechristianisierenden Orientierung, nur eine Minderheit begab sich an eine Revision der tradierten Positionen des deutschen Protestantismus.¹⁰

Innerhalb der Sozialdemokratie geriet der Verständigungsprozeß zwischen Sozialdemokratie und evangelischer Kirche aber bald in die Kritik der wiederentstandenen Freidenkerbewegung. Zunächst hatte Arno Hennig, der Leiter der „Sozialistischen Kulturzentrale“ beim SPD-Parteivorstand, am 11. November 1946 unter Hinweis auf die wiederentstehende Freidenkerbewegung Walter Menzel zur Zurückhaltung aufgefordert.¹¹ In einem von einem entschiedenen Freidenker verfaßten Artikel der „Sozialistischen Rundschau“ hieß es dann im März 1947: „Die Kirche ist und bleibt der ärgste Feind der Partei. Sie



erzieht die Menschen zu Fatalisten und macht sie zu geistigen Krüppeln.“¹² Delikaterweise schickte Pfarrer Nockemann seinem sozialdemokratischen Gesprächspartner Walter Menzel diesen Artikel zu.¹³ Menzel drückte sein Bedauern aus und stellte dar, daß diese Auffassung nicht von der gesamten Partei geteilt würde und daß solche Äußerungen nicht den getroffenen Vereinbarungen entsprächen. Im angelaufenen Wahlkampf nutzte die CDU die Äußerungen der Freidenker natürlich aus.¹⁴

Aber auch bei der Parteiführung der Sozialdemokraten selbst verfolgte man den Kurs zur Öffnung gegenüber der evangelischen Kirche nicht durchgängig. In einer 1946 erschienenen Schrift „Beiträge zum politischen Verständnis der CDU/CSU und den einschlägigen Stellungnahmen der katholischen und evangelischen Kirchenorganisationen Deutschlands“, die vom Parteivorstand der SPD in Hannover herausgegeben worden war, hieß es: „Es wäre für Deutschland und die Zukunft der evangelischen Kirchen besser, wenn sich auch die evangelischen Kirchen deutlich von den Kreisen der Reaktion abwenden würden.“¹⁵ Wie im Fall dieser Publikation wurde das Verhältnis zwischen SPD und evangelischer Kirche in den folgenden Jahren durch die scharfe Oppositionspolitik der SPD im Bund immer wieder belastet. Die scharfen Auseinandersetzungen mit der CDU und ihren Unterstützern aus dem kirchlichen Raum führten notwendigerweise zu starken Worten bei der SPD. Vor Chefredakteuren und Verlegern der SPD-Zeitungen sagte Kurt Schumacher am 23. Mai 1949: „Die SPD will keinen Kulturkampf, aber sie will diesen Kampf nicht vermeiden um den Preis einer Kapitulation. Der Begriff der Christlichkeit hat in der Politik nichts zu tun. Es gibt nur politische, nicht christliche Parteien. es ist aber leider oft gerade so, daß das sozial-ethische Versagen der sogenannten christlichen Parteien von ihnen mit kulturpolitischen Kampfpaparen verdeckt wird.“¹⁶

Gesamtdeutsche Volkspartei als „Brücke“ zur SPD

Nach den ersten Klimaverbesserungen (die freilich durch heftige Diskussionen um die Schulfrage teilweise gestört wurden) zwischen Sozialdemokratie und Protestantismus und der gleichzeitigen Fortführung alter Konflikte in den ersten Nachkriegsjahren stellte für eine Reihe aktiver Protestanten die Gesamt-

deutsche Volkspartei (GVP) eine wesentliche „Brücke“ zur SPD dar. Die GVP entstand vor allem aus der Ablehnung der Politik der CDU-geführten Bundesregierung Konrad Adenauers, ihres deutschlandpolitischen Kurses, ihrer Politik der Westintegration bei gleichzeitigem Akzeptieren der Teilung Deutschlands und der Wiederbewaffnung. In ihr trafen links-katholische Kräfte und eher selbstkritisch orientierte Protestanten zusammen. Repräsentanten der beiden Strömungen waren Helene Wessel, zuvor Fraktionsvorsitzende des Zentrums im Bundestag, und der aus Protest gegen die Politik Adenauers zurückgetretene CDU-Bundesinnenminister Gustav Heinemann, der zunächst nach 1945 auch Oberbürgermeister von Essen und Justizminister in Nordrhein-Westfalen gewesen war. Nach dem Scheitern der Gesamtdeutschen Volkspartei führte vor allem Gustav Heinemann mit der Auflösung der Partei 1957 ein Teil von Protestanten, insbesondere ehemalige Aktivisten der Bekennenden Kirche und politisierte Protestanten und hier besonders die Akademiker und Intellektuellen, zur Sozialdemokratie. Zumindest für Teile der Protestanten war der Übertritt prominenter GVP-Politiker zur SPD ein Zeichen für eine Aussöhnung zwischen Sozialdemokratie und protestantischer Kirche, der längerfristig auch weitere Teile der protestantischen Wählerschaft folgten. Die Nordrhein-westfälische SPD gewann so wichtige Mitglieder wie Gustav Heinemann, Johannes Rau und Diether Posser.¹⁷

Längerfristige Öffnungen

Gleichzeitig mit den Ereignissen um die GVP öffnete sich die protestantische Kirche in den 1950er Jahren zumindest in Teilen auch gegenüber den im politischen Raum geführten Diskussionen. Die Aufgeschlossenheit von Sozialdemokraten gegenüber den theoretischen Positionen der evangelischen Theologie und Sozialethik führte zu einer Annäherung, in der insbesondere protestantische Intellektuelle und Akademiker sich der deutschen Sozialdemokratie annäherten und schließlich auch den Weg der SPD zum Godesberger Programmparteitag mitgestalteten. Entsprechend wurde auf Seiten der Ruhrgebiets-CDU eine Abwanderung protestantischer Akademiker beobachtet.¹⁸

Mit dem Godesberger Programm, mit dem sich die SPD vom Marxismus als Begründung des Sozialismus trennte, weltanschauliche Pluralität zuließ, und mit ihrer schrittweisen „Öffnung“ als Volkspartei ver-



Evangelische Kirche

suchte die SPD, auch ihr kirchen- und religionsfeindliches Image loszuwerden. Die eher wenig an theoretischen Debatten interessierte Ruhrgebiets-SPD erduldet die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie passiv; im Ruhrgebiet mit seinen spezifischen sozioökonomischen Strukturen war sie gerade dabei, unangefochten Partei des Volkes im Sinne einer Arbeitnehmerpartei, die für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit eintrat, zu werden und die meisten nicht-katholischen Milieus aufzusaugen.¹⁹

Stefan Goch

1. Traugott Jähnichen, Kirche und politische Parteien, in: Günter Brakelmann, Traugott Jähnichen (Hg.), Kirche im Ruhrgebiet, Ein Lese- und Bilder-Buch zur Geschichte der Kirche im Ruhrgebiet von 1945 bis heute, 1. Auflage, Essen 1991, S. 89.

2. K. Rohe, W. Jäger, U. Dorow, Politische Gesellschaft und politische Kultur, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 494; Karl Rohe, Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen, in: Wolfram Köhler (Hg.), Nordrhein-Westfalen, Fünfzig Jahre später 1946-1996, Essen 1996, S. 14; Rainer Bovermann, Wahlen im Ruhrgebiet in vergleichender Perspektive, in: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.), Das Ruhrgebiet - ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen, Politik in der Region 1946-1996, Essen 1996, S. 347.

3. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1992, S. 171, 174 allgemein und für Nordrhein-Westfalen Rohe (s. Anm. 2), 1996, S. 13f.

4. Vgl. Programmrichtlinien des SPD-Bezirks Westliches Westfalen vom September 1945, verfaßt von Heinrich Wenke, in: Bernd Faulenbach, Günther Högl, Karsten Rudolph (Hg.), Vom Außenposten zur Hochburg der Sozialdemokratie, Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen 1893-1993, Essen 1993, S. 183-186, hier S. 184; auch in Gisela Schwarze, Eine Region im demokratischen Aufbau, Der Regierungsbezirk Münster 1945/46, Düsseldorf 1984, S. 340.

5. Zitiert nach Karl Lauschke, „... nicht mehr nur die Partei der kleinen Leute, sondern die Partei der Wirtschaftsumgestaltung“, Der Wiederaufbau der SPD im Bezirk Westliches Westfalen, in: Bernd Faulenbach, Günther Högl (Hg.), Eine Partei in ihrer Region, Zur Geschichte der SPD im Westlichen Westfalen, Essen 1988, S. 141. Vgl. auch zur Haltung Schumachers Martin Möller, Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945-1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialogs, Göttingen 1984, S. 111-115.

6. Vgl. Franz-Josef Jelich, Zur Geschichte einer besonderen Beziehung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Ruhrgebiet, in: SPD, Bezirk Westliches Westfalen Gemeinsam sind wir stark, SPD und Gewerkschaften in Geschichte und Gegenwart, 5. Workshop der Historischen Kommission beim SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen, Dortmund 1997, S. 40-47, hier S. 44.

7. Schwarze (s. Anm. 4), S. 136.

8. Der Organisator des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Heinrich Wenke, zitiert nach Karl Lauschke, Udo Vorholt, Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen in den ersten Nachkriegsjahren, in: Faulenbach/Högl/Rudolph (s. Anm. 4), S. 169, Titelseiten abgedruckt ebd., S. 197.

9. Siehe Darstellungen bei Schwarze (s. Anm. 4), S. 136 ff. nach Archivalien im Landeskirchenarchiv; Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 104 ff. nach dem Nachlaß Menzels. Zur Person Walter Menzels vgl. Klaus Günther, Walter Menzel, in: Walter Först (Hg.), Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, Köln 1972, S. 153-158; Wolf Bierbach, Walter Menzel, in: Walter Först (Hg.), Aus dreißig Jahren, Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln, Berlin 1979, S. 186-199. Zitiert nach Lauschke (s. Anm. 5), S. 141.

10. Möller (s. Anm. 5), S. 46-58; 141-148; Wolfgang Schroeder, Die gewerkschaftspolitische Diskussion in der evangelischen Kirche zwischen 1945 und 1955, in: Frank von Auer, Franz Segbers (Hg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung: Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, S. 223f.

11. Hans Peter Ehni, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 430 nach dem Schreiben Hennings an Menzel vom 15.11.1946 aus dem Nachlaß Menzels.

12. Autor war der entschiedene Freidenker Adolf Leibner. Zitiert nach Lauschke (s. Anm. 5), S. 141; H.P. Ehni (s. Anm. 11), S. 431 nach dem Nachlaß Menzels.

13. Schreiben Nockemann an Menzel vom 19.3.1947 aus dem Nachlaß Menzels, nach ebd..

14. Ebd.

15. Zitiert nach Möller (s. Anm. 5), S. 116.

16. Zitiert ebd.

17. Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, Entstehung und Politik unter dem Primat der Wiedervereinigung 1950-1957, Düsseldorf 1990.

18. Möller (s. Anm. 5), S. 131-140 zur kirchen- und religionspolitischen Diskussion in der SPD bis zum Godesberger Programm.

19. Stefan Goch, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet, Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975, Düsseldorf 1990, S. 513 ff.